

Stand: 24.06.2026 06:42:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22

"GAP bei der Agrarministerkonferenz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22 vom 23.10.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 4 vom 24.10.2013
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/72 des LA vom 13.11.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 04.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

GAP bei der Agrarministerkonferenz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in der Agrarministerkonferenz am 4. November 2013 in München zur Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) folgende Punkte zu berücksichtigen:

Im Rahmen der Direktzahlungsverordnung (erste Säule)

- keinerlei Umschichtung von Mitteln aus der zweiten in die erste Säule,
- die Einführung von Aufschlägen für die ersten 46 Hektare und für Proteinpflanzen,
- keine Pestizide und Düngemittel auf ökologischen Vorrangflächen und
- eine Umschichtung von 15% der Mittel von der ersten in die zweite Säule.

Im Rahmen der Verordnung zum ländlichen Raum (zweite Säule)

- die Erhaltung der gesamten Mittel der zweiten Säule, notfalls auch durch Erhöhung der Kofinanzierung und
- keine Bezuschussung von Ernteversicherungen aus den knappen Mitteln der zweiten Säule.

Begründung

Durch die Umschichtung der Mittel von der ersten in die zweite Säule böte sich die Möglichkeit, die Folgen der Kürzung der zweiten Säule zu kompensieren. Für die bayerische Landwirtschaft ist die zweite Säule, in der sich Programme wie Kulap, Vertragsnaturschutzprogramm, Ausgleichszulage, Leader und weitere befinden, von entscheidender Bedeutung. In neun bayrischen Landkreisen übertraf die maßnahmenbezogene Förderung die Direktzahlungen. Verlierer ohne Umschichtung wären kleinere, weniger intensiv geführte Betriebe und ökologisch wirtschaftende Betriebe. Wie das von Herrn Staatsminister Brunner angestrebte Ziel von der Verdoppelung der ökologisch bewirtschafteten Fläche ohne Umschichtung zu erreichen ist, bleibt rätselhaft.

Die Kürzung von Mitteln aus der ersten Säule würde viele Landwirte in Bayern weniger hart treffen. In Bayern erhielten nur 144 Betriebe mehr als 100.000 Euro Fördermittel aus der ersten Säule. Das sind 0,13 Prozent aller Betriebe (22,6 Mio. Euro, 2,12 Prozent der Gesamtmittel). In Bayern erhalten 20 Prozent der Betriebe mit den höchsten Fördersummen ca. 57 Prozent der Direktzahlungen, 80 Prozent der Betriebe teilen sich die restlichen 43 Prozent der Direktzahlungen. Um die bäuerliche Struktur in Bayern zu erhalten, gegebenenfalls zu stärken und nicht die Industrialisierung der Landwirtschaft weiter voran zu treiben, fordert die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Staatsregierung auf, bei der Agrarministerkonferenz im Sinn der bayerischen Bauern zu handeln.

auch noch nicht ganz am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19 bis 17/22 und 17/29 sowie 17/30 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Zusammensetzung des Ältestenrats bekannt. Nach § 14 Absatz 2 der Geschäftsordnung besteht der Ältestenrat aus der Präsidentin, die im Verhinderungsfall vom Ersten Vizepräsidenten vertreten wird, und den Vertretern und Vertreterinnen der Fraktionen. Jede Fraktion erhält im Ältestenrat für die angefangene Zahl von je 15 Mitgliedern einen Sitz. Die Benennung ihrer Mitglieder und einer doppelten Anzahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern obliegt den Fraktionen. Die Fraktion der CSU hat demgemäß Anspruch auf 7 weitere Mitglieder, die SPD-Fraktion auf 3 sowie die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf jeweils 2 Mitglieder. Insgesamt besteht der Ältestenrat damit aus 15 Mitgliedern. Im Einzelnen können die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ältestenrats der Ihnen vorliegenden Mitteilung auf Drucksache 17/31 entnommen werden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Siehe Anlage 4)

Ich kann die Sitzung noch nicht schließen, weil das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen noch nicht vorliegt, und bitte Sie, wenn Sie die Zeit haben, dieses gemeinsam mit mir abzuwarten.

(Margarete Bause (GRÜNE): Erzähle doch einmal ein paar Geschichten, vielleicht von deiner ersten Sitzung!)

Ich vergesse immer, das Mikrofon an- und auszumachen. Oder es reagiert nicht immer auf meinen Druck. Ich muss mehr Druck ausüben. Der Touchscreen ist verbesserungsdürftig.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Mit dem Kugelschreiber versuchen!)

- Ein guter Tipp, genau.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das wird alles protokolliert!)

- Ich weiß, das sind die Geschichten aus dem Nähkästchen.

(Unterbrechung von 13.56 bis 13.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt. Zunächst geht es um den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer und anderer und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures und anderer und Fraktion (SPD) und Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Unterstützung einer möglichen Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Austragung der XXIV. Olympischen und XI-II. Paralympischen Winterspiele 2022", Drucksache 17/18. Mit Ja haben 141 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 20 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe jetzt das Ergebnis für den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Ja zur Heimat, Nein zur Olympiabewerbung 2022", Drucksache 17/28, bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 140 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 3. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes und auch am Ende dieser Sitzung. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und schließe die Sitzung.

(Schluss: 12.59 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/22

GAP bei der Agrarministerkonferenz

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatlerin: **Gisela Sengl**
Mitberichterstatter: **Anton Kreitmair**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 2. Sitzung am 13. November 2013 beraten und für erledigt erklärt.

Angelika Schorer
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen?
– Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

1. Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Juli 2013 (Vf. 4-VII-13) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der Art. 9, 10, 11, 12 und 13 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV) vom 20. Dezember 2007 (GVBI S. 922, BayRS 2187-3-I), geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2012 (GVBI S. 270),
 2. des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag - GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I), insbesondere der §§ 24 bis 26 sowie 29 Abs. 4 GlüStV
- PII/G-1310.13-0005
 Drs. 17/75 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig und unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. August 2013 (VF. 8-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Änderung des Bebauungsplanes „Chiemseeufer“ der Gemeinde Übersee am Chiemsee vom 13. Mai 2013
PII/G-1310.13-0007
Drs. 17/76 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2013 (2 BvF 1/13) betreffend
Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung, ob §§ 6 bis 11, 12 Abs. 1 bis 4 und 6 S. 1 des Gesetzes über verfassungskonkretisierende allgemeine Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, für den Finanzausgleich unter den Ländern sowie für die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen (Maßstäbengesetz – MaßstG) vom 9. September 2001 (BGBl I S. 2302), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 29. Mai 2009 (BGBl I S. 1170, 1176), sowie § 6 Abs. 2 S. 2 2. Halbs., § 7 Abs. 1, § 8 Abs. 3, § 9 Abs. 2 und 3, § 10 sowie § 11 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz - FAG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 2012 (BGBl I S. 1424, 1426), mit Art. 107 Abs. 2 GG in Verbindung mit dem Bundesstaatsprinzip gemäß Art. 20 Abs. 1 GG unvereinbar sind
PII/G-1320.13-0001
Drs. 17/77 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
II. Der Antrag wird als zulässig und begründet erachtet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. Juli 2013 (VF. 6-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 69 Abs. 1 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBI S. 410, 528, BayRS 2033-1-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juli 2013 (GVBI S. 405), in Verbindung mit Art. 36 Abs. 2 und 3 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 05. August 2010 (GVBI S. 410, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juli 2013 (GVBI S. 405)
PII/G-1310.13-0006
Drs. 17/79 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. August 2013 (Vf. 7-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 25 Abs. 2, 3 und 4 sowie des § 37 Abs. 2 und 3 der Schulordnung für die Grundschulen in Bayern (Grundschulordnung – GrSO) vom 11. September 2008 (GVBI S. 684, BayRS 2232-2-UK), zuletzt geändert durch § 70 der Verordnung vom 4. März 2013 (GVBI S. 116)
PII/G-1310.13-0004
Drs. 17/78 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. September 2013 (Vf. 9-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 9a und 19 Abs. 2 des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I)
PII-G-1310.13.0009
Drs. 17/80 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. September 2013 (Vf. 10-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Gewährung eines Landes-erziehungsgeldes und zur Ausführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz - BayLErzGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 1995 (GVBI S. 818, BayRS 2170-3-A),
 2. des Art. 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes (Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz - BayLErzGG) vom 9. Juli 2007 (GVBI S. 442, BayRS 2170-3-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2012 (GVBI S. 391)

PII/G-1310.13-0010
Drs. 17/81 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. Oktober 2013 (VF. 11-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Gesetzes zur Abschaffung des Bayerischen Senates vom 20. Februar 1998 (GVBI S. 42, BayRS 100-4-S),
 2. des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Abschaffung des Bayerischen Senates vom 16. Dezember 1999 (GVBI S. 521, BayRS 1101-1-I)

PII/G-1310.13-0011
Drs. 17/82 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Oktober 2013 (Vf. 2-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der 8. Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Starnberg über das Landschaftsschutzgebiet „Starnberger See – Ost“ vom 31. Januar 2012 (ABI Nr. 5 vom 4. Februar 2012)
PII/G-3110.13-0002
Drs. 17/83 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

11. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinfachte Handhabung des Immunitätsrechts
Drs. 17/68, 17/135 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
GAP bei der Agrarministerkonferenz
Drs. 17/22, 17/72

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerische Interessen im Rahmen der Agrarministerkonferenz vertreten –
Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft
Drs. 17/29, 17/73

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Interessen bei der Agrarministerkonferenz am 4. November 2013
vertreten
Drs. 17/30, 17/74

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

15. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Kunstfund in München;
Ermittlungsverfahren gegen Cornelius G.
Drs. 17/92, 17/136

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der „Kunstfund Gurlitt“ in München und die Rolle der Behörden
Drs. 17/110, 17/137

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat